

Deutschland.

Berlin, 15. September. Nach einer in den Zeitungen befindlichen, angeblich offiziellen Mitteilung soll jetzt mit der Errichtung eines verschanzten Lagers bei Trier, welches die Luxemburger Defensiv-Position zu ersetzen bestimmt sei, vorgegangen werden. In unterrichteten Kreisen ist von einer solchen Absicht der Regierung nichts bekannt. Es mag bei dieser Gelegenheit zugleich noch einmal darauf hingewiesen werden, daß von den Zeitungen, wie auch in dem vorliegenden Falle, Nachrichten häufig fälschlich als offiziös bezeichnet werden, um denselben dadurch mehr Glaubwürdigkeit zu verleihen. — Nach der Angabe einiger Zeitungen soll der Bundesrath in der zweiten Hälfte des November einberufen werden. Wie wir vernehmen, ist hiermit der Termin zu spät angegeben, und dürfte die Einberufung desselben eher erfolgen. — Bei den heute behufs Abschlusses eines Postvertrags mit Italien eröffneten Verhandlungen waren von Seiten des norddeutschen Bundes und Preußens der Generalpostdirektor v. Philipsborn und der Geheime Oberpostath Stephan, von Seiten Baierns der General-Direktionsrath der bayerischen Verkehrsanstalten Baumann, von Seiten Württembergs der Oberpostath und Vorstand der Postdirektion Hofacker und von Seiten Badens der Postassessor Hess anwesend. Ein italienischer Bevollmächtigter nahm heute an den Verhandlungen noch nicht Theil. — Der Telegraphen-Kongress in Wien ist auch von England besucht gewesen, und zwar wegen seiner ostindischen Telegraphenlinien. Diese sind nämlich Staatseigentum, während die Telegraphenlinien im Mutterlande in den Händen von Privaten sich befinden. Auf dem Telegraphen-Kongress waren nämlich nur Regierungen vertreten, weshalb also England mit Rücksicht auf seine Telegraphen im Mutterlande an denselben nicht Theil nehmen konnte. Diese Theilnahme wird indessen in Zukunft erfolgen, da die englische Regierung die heimischen Telegraphenlinien verstaatlicht hat. Der Kongress hat beschlossen, daß die internationalen telegraphischen Depeschen in allen Sprachen, welche mit den üblichen Schriftzeichen geschrieben werden, und zwar auch in der lateinischen Sprache abgefaßt werden können. Ausgeschlossen sind nur die russische, die griechische und türkische (wegen der besondern Schriftzeichen) und die polnische Sprache (weil Polen nicht als ein selbstständiger Staat anzusehen ist). Befürwortet wurde auf dem Kongress, nur die französische und deutsche Sprache beim Telegraphieren zuzulassen, indessen wurde mit Rücksicht auf die übrigen Staaten der Vorschlag fallen gelassen. Die Mißverständnisse, welche sich in Folge dieses Beschlusses für den telegraphischen Verkehr ergeben werden, dürften in Zukunft vielleicht eine Beschränkung der zugelassenen Sprachen herbeiführen. Die Tarifiermäßigungen, welche für die Beförderung der telegraphischen Depeschen zugestanden werden, sind nur gering und stehen vereinzelt da. Die bedeutendsten Herabsetzungen des Tarifs seit dem Pariser Kongresse hat der norddeutsche Bund vorgenommen. — Die „Kriegs-Ztg.“ hat Recht, wenn sie behauptet, daß die Liberalen durch Konfessionen nicht gewonnen werden, sondern daß sie in ihren Forderungen dann nur immer noch dreister werden. Dafür spricht auch wieder der letzte Kreuzische Fall. Die liberalen Blätter bemerken nicht nur, daß der Kaiser Schulstreit mit der Bestätigung Kreuzische noch nicht zu Ende sei, sondern die „Magdeb. Ztg.“ fordert sogar den Rücktritt des Kultusministeriums. Nun, der Kluge, welche von hier aus der schwachbestellenden Redaktion der „Magdeb. Ztg.“ hilfreiche Hand leistet, wäre es jedenfalls am Liebsten, wenn es überhaupt gar keinen Kultusminister gäbe. Wenn übrigens die National-Liberalen bei dieser Gelegenheit wieder stark mit ihrem Patriotismus und ihren Verdiensten um die nationale Sache prahlen, so muß wiederholt daran erinnert werden, daß sie früher als Fortschrittsleute der Regierung weder zum dänischen noch zum österreichischen Kriege die Mittel bewilligt haben und daß sie ihre frühere, der Regierung vollständig feindselige Haltung nur deswegen aufgegeben haben, um von dervollständig umgewandelten öffentlichen Meinung nicht mit der Fortschrittspartei zu den Todten geworfen zu werden. Albern ist auch die Redensart der National-Liberalen von moralischen Eroberungen in Süddeutschland durch liberale Konfessionen in Preußen. Wer sich einbildet, daß durch die Bestätigung des Direktor Kreuzich und andere Fälle auch nur ein Mann von der Volks- oder ultramontanen Partei in Süddeutschland für den norddeutschen Bund gewonnen werde, der ist in der That sehr naiv: wohl aber dürften zu weit gehenden liberalen Konfessionen die durchaus nicht zu unterschätzende konservative Partei in Süddeutschland dem norddeutschen Bunde vollends ganz abwendig machen.

Berlin, 16. September. Se. Maj. der König empfing eine aus Kiel hier eingegangene Mitteilung zufolge gestern daselbst den Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, den Vice-Admiral Jachmann, den Wirklichen Geh. Legationsrath Abeken und wurden dieselben auch mit den Spitzen der Civil- und Militär-Behörden zur Tafel geladen. Nach Aufhebung der Tafel erfolgte die Abreise nach Flensburg, wo das Absteigequartier bei der Frau Senatorin Klaffen genommen wurde.

Der Prinz und die Prinzessin Karl haben, wie wir an sonst gut unterrichteter Stelle erfahren, eine Reise nach Schweden und Norwegen angetreten. In der Begleitung befinden sich die Hofdamen Gräfin Hagen und Gräfin v. Sepewitz und der Hofmarschall Graf Doenhoff.

Der Kaiser von Rußland trifft, wie uns mitgeteilt wird, auf der Rückreise nach Petersburg am 26. auf Schloß Babelsberg ein. Das Gefolge steigt theils im Stadtschloße, theils im Neuen Palais zu Potsdam ab. Der Besuch dürfte sich nur auf 3 Tage beschränken. Während der Anwesenheit des hohen Gastes soll im Theater zu Potsdam eine Fest-Vorstellung stattfinden. Die gestern hier verbreitete Nachricht, daß die Ankunft des Kaisers schon am nächsten Sonnabend erfolgt und die Rückreise des Königs auch an demselben Tage aus dem Herzogthumern nach Potsdam zurückzuführen, ist unbegründet.

Die Gerüchte von der bevorstehenden Verwendung des Mar-

quis de la Valette als französischer Botschafter in Berlin resp. von seinem zu erwartenden Eintritt in das Ministerium deuten, wenn sie nicht aus der Luft gegriffen sind, auf den endlich gefaßten Entschluß des Kaisers Napoleon, dem Zustande der Ungewißheit ein Ende zu machen und eine entschieden friedliche Politik zu inaugurieren. Der Marquis de la Valette hat im Jahre 1866 der Gefahr eines Weltkrieges durch eigene Mäßigung wie durch Beruhigung der erregten Gemüther und Klärung irriger Auffassungen vorgebeugt, und am hiesigen Hofe würde er als der willkommenste Vertreter Frankreichs begrüßt werden.

Seit einiger Zeit haben die preussischen oberen Schulbehörden dadurch freiere Hand über die Anstellung von Direktoren höherer Unterrichts-Anstalten erhalten, daß das Kolloquium, das der Bewerber um eine solche Stelle zu bestehen hat, nicht mehr vor der wissenschaftlichen Prüfungs-Kommission, sondern vor einer Kommission stattfindet, in welcher der Provinzial-Schulrath den Vorsitz führt.

Dem Gemeindefeuer- und Redakteur der „Preuß. Schulzeitung“ August Petsch wurden durch eine Deputation die Werke Fichtes und Lessings (Rachmann'sche Ausgabe) als ein Zeichen der Anerkennung für sein Wirken im Interesse der Volksschule, überreicht.

Wie es heißt, sollen in denjenigen Bezirken der Provinz Hannover, in denen das allgemeine Landrecht gilt, nimmere auch die für die älteren Landestheile ergangenen Abänderungen dieses Gesetzbuchs eingeführt werden. Man darf annehmen, daß dies demnächst auch auf die Allgemeine Gerichtsordnung und deren Abänderungen ausgedehnt werden wird.

Dem Vernehmen nach werden die Wohlthaten des schleswig-holsteinischen Pensions-Gesetzes auch denjenigen Offizieren und Militär-Beamten, welche nach ihrer Ausscheiden aus der schleswig-holsteinischen Armee in preussische Militärdienste übergetreten sind, in Anrechnung auf ihre demnächstige Pension zu Gute kommen.

Gumbinnen, 12. September. Die königliche Regierung zu Gumbinnen erläßt folgende Bekanntmachung: Als im Anfang dieses Jahres der ausgedehnte Typhus in unserem Regierungsbezirk sich verbreitet, mehrere der einheimischen Aerzte auf das Krankenbett geworfen, die Doktoren Weibe und Gröl in Stallupönen, Winkler in Arys, Grünau in Bialla hinweggerafft hatte und die angestrengte Thätigkeit der noch vorhandenen Aerzte für die vielen Kranken nicht ausreichte, kamen uns auswärtige Aerzte zu Hilfe, deren Namen wir zu öffentlicher Kenntniß zu bringen uns gebrungen fühlen. Von denselben wirkten im Kreise Stallupönen: Dr. Passauer, Naunyn, Becher und Heymann; im Kreise Insterburg: Dr. Bartsch und Annusek; im Kreise Löben: Dr. Kuwert, Glede und Müller; im Kreise Johannisburg: die med. Kandidaten Borna, Dembowsky, Hassenstein und Kihler. Wir können den Doktoren Kuwert und Bartsch, welche durch den Beruf ihren Tod fanden, nur ein ehrendes Andenken bewahren; den übrigen genannten Herren sprechen wir hiermit Dank und Anerkennung aus für die aufopfernde Thätigkeit, welche sie dem Wohl der Einwohner unseres Verwaltungsbezirks gewidmet haben. Gumbinnen, den 8. September 1868. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern. (gez.) v. Junker.

Kiel, 15. September. Der König besuchte heute um 8 1/2 Uhr die Fregatte „Leticia“ und wurde mit lautem Hurrah von den auf den Raen postirten Mannschaften empfangen; dann fuhr er auf dem Dampfessig „Adler“ nach der Seefestung Friedrichsfort.

Von Friedrichsfort setzte der König, von berittenen Landeuten begleitet, seinen Ausflug zu Wagen nach Schloß Bellevue fort, wo das daselbst veranstaltete Dejeuner eingenommen wurde. Der König wurde überall mit großem Jubel empfangen. Heute Nachmittag 5 Uhr erfolgt die Weiterreise.

Kiel, 15. September. Soeken ist der König mit der Eisenbahn nach Flensburg abgereist.

Bremen. Der bekannte Gelehrte Gerhard Rohlfs ist am 10. v. von dem Großherzog von Oldenburg das Ehren-Mitterkreuz 1. Klasse des Haus- und Verdienstordens des Herzogs Peter Friedrich Ludwig verliehen worden.

Leipzig, 14. September. Wegen die „D. Allg. Ztg.“ ist wegen eines Korrespondenzartikels aus Berlin, welcher mehrere in die sächsische Armee eingetretene hannoversche Offiziere der Mitarbeiterchaft an der ultrapreussischen „Sächs. Ztg.“ beschuldigte, die Untersuchung eingeleitet worden, da das Kriegsministerium in der angeführten Thatsache eine Verläumdung erblickt. Der Redakteur der „D. Allg. Ztg.“ hat einzuweilen die Nennung des Verfassers unter dem Beifügen verweigert, daß er in jener Korrespondenz nichts Gespewidriges finden könne.

Ausland.

Wien, 15. September. Die „Presse“ meldet: Der Kaiser und die Kaiserin treffen am 26. d. M. in Krasau ein, begraben sich am 1. Oktober zum Besuche des Grafen Potocki nach Lachent und von da nach Lemberg.

Peßb, 15. September. Morgen wird der ungarische Landtag wieder eröffnet.

Peßb, 13. September. Dem „Hazant“ wird aus Siebenbürgen Folgendes telegraphirt: Die moldauische Regierung hat ein Stück unserer östlichen Grenze, eine Fiegenalpe, welche das Eigentum der Stadt Kezi Bazarhely ist, okkupirt und erbaute daselbst ein Wacht haus, welches sie mit einer Militärwache besetzte. Einige unserer jungen Leute begaben sich freiwillig dahin, entwaffneten die Wachen, verbrannten das Wacht haus und geleiteten die Wachen über die Grenze, wo sie ihnen die Waffen zurückgaben und sie unbehelligt fortziehen ließen.

Ein Semliner Telegramm hat die Ente in die Welt gesetzt, daß der verhaftete Exfürst Karageorgievich am 12. d., in Begleitung einer Pesther Gerichts-Kommission in Semlin, behufs nöthig erachteter Konfrontation“ deselben eintreffen sollte. Dies ist insofern unrichtig, als Karageorgievich sich noch immer in Pesth befindet. Ueber den wahren Sachverhalt wird Folgendes mitgeteilt: Zwischen dem ungarischen Ministerium und der serbischen Regierung ist das Uebereinkommen getroffen worden, daß die in dem serbischen Attentatsprozeß verwickelten Personen, die sich in Pesth in Untersuchung befinden, eventuell nach

Semlin gebracht werden sollen, damit man sie nöthigen Falles mit einigen, in Belgrad domicilirenden oder in Gefangenschaft befindlichen Personen konfrontiren könne. In der betreffenden, vorgestern an die Pesther Stadtbehörde gelangten Zuschrift des Ministeriums ist kein Name genannt, zu Reisekosten aber sind bei der Landeskasse vorläufig 500 fl. angewiesen. Oberstjal Estrofy wurde bereits beauftragt, diese Summe zu beheben, und werden die nach Semlin zu bringenden Individuen vom Untersuchungsrichter, einem Fiskal und einem Dolmetsch begleitet sein. Die Reise nach Semlin ist für Dienstag, den 15. d. M. in Aussicht genommen.

Triest, 15. September. Der amerikanische Admiral Farragut ist heute mit seinen Schiffen „Franklin“ und „Trolie“ aus dem Piräus eingetroffen und wird hier selbst einen Aufenthalt von zehn Tagen nehmen.

Bern, 11. September. Daß die alte österreichische Gesetzgebung für die venetianischen Provinzen des Königreichs Italien noch zu Recht besteht, wird wohl auch für viele Ihrer Leser eine unbekannt Thatsache sein. Hier ist man von derselben erst jetzt in Kenntniß gesetzt worden durch eine Meldung des schweizerischen Konsuls in Venedig an den Bundesrath. Laut dieser Meldung werden in einem in dieser Stadt niedergelassenen protestantischen Berner bei seiner beabsichtigten Verheirathung mit einer Venetanerin von der dortigen Geistlichkeit die größten Schwierigkeiten gemacht; trotzdem daß in dem übrigen Italien und selbst in Oesterreich die Civilehe anerkannt werde, sei dort eine solche nicht möglich, weil eben jene Gesetzgebung noch Geltung habe. Erst im nächsten Jahre soll die italienische Gesetzgebung auch in Venetien eingeführt werden. So lange werde sich der Berner Heirathskandidat wohl gedulden müssen, wenn er sich nicht anderswo wolle trauen lassen. — Letzten Montag hat in Arau die Jahresversammlung der schweizerischen statistischen Gesellschaft stattgefunden. In der von Professor Dr. Kinkelis von Basel vorgetragenen Eröffnungsrede wurde die Lebensfähigkeit der nun seit vier Jahren bestehenden Gesellschaft konstatiert. Einen beunruhigenden Eindruck machte die Mitteilung der eidgenössischen Direktion des Innern, daß der von der Eidgenossenschaft für 1868 bewilligte Staatsbeitrag von 1000 Fr. nicht verabsolgt werden könne, weil die 20,000 Fr. Kredit für das statistische Bureau, in welchen jene 1000 Fr. mit einbegriffen sind, für dieses Bureau selbst verbraucht seien. Gestafte Beschlüsse zufolge wird die schweizerische statistische Gesellschaft auf ihr gutes Recht nicht verzichten, sondern, falls der Bundesrath nicht entsprechen sollte, nöthigenfalls an die Bundesversammlung referiren. — Der Verfassungsrath in Zürich hat Art. 30 des Verfassungsentwurfs, welcher von der Volks-Initiative handelt, mit 125 gegen 62 Stimmen unverändert angenommen.

Bern, 11. September. Wie man uns aus Luzern meldet, daß die verwitwete Königin von Preußen nach fast sechswochentlichem Aufenthalte in Interlaken vorgestern daselbst noch rechtzeitig ein, um die Königin von England auf dem Bahnhofe vor ihrer Abreise zu begrüßen. Beide hohe Damen unterhielten sich eine halbe Stunde auf das Herzlichste, worauf die Königin von England mittelst eines Extrazuges ihre Heimreise über Paris und Cherbourg antrat, die verwitwete Königin von Preußen dagegen sich nach dem Hotel Bellevue begab, wo sie, laut Vernehmen, mehrere Tage zu verweilen gedenkt. Die Abreise der Königin von England von Luzern erfolgte Abends 8 Uhr. Kurz vor ihrer Abreise war die Stadt durch die Nachricht von einem großen Unglück alarmirt, welches den um 4 Uhr 20 Minuten von Luzern abgegangenen Schnellzug beim Passiren der Station Ronau betroffen haben sollte. Nach den angestellten Erhebungen war der Zug in Folge Brechens der Tender- und Bremsstange entgleist. Glücklicherweise rebuirte sich das Unglück bei näherem Bericht auf einen einzigen Todesfall. Ein Bahnarbeiter, welcher im Augenblick der Entgleisung auf der Plattform des Packwagens gestanden, hatte durch Herabstürzen von demselben sofortigen Tod gefunden. Von sämtlichen Passagieren wurde nur eine einzige Dame leicht an der Stirn kontusionirt. — In Zürich ist der Verfassungsrath bei Verathung der neuen Verfassung, nachdem er die Abtheilung, welche die volkswirtschaftlichen Grundsätze enthält, verschoben, bei der Volksgesetzgebung angelangt. Dem Art. 30, welcher von der Volksinitiative handelt, wurde mit 125 gegen 62 Stimmen die Genehmigung der Versammlung zu Theil. Mit dieser Abstimmung ist das Staatsschiff des Kantons Zürich thatächlich mitten in der rein demokratischen Strömung, denn daß das Volk die Verfassung verwerfen werde, ist nicht denkbar.

Paris, 15. September. Verschiedene Journale bringen Gerüchte über den Eintritt von Lavalette und Drouyn de Lhuys in das Ministerium. — Die „Presse“ veröffentlicht eine Korrespondenz zwischen dem amerikanischen Gesandten in Konstantinopel und Fuad Pascha, aus welcher hervorgeht, daß die türkische Regierung dem Admiral Farragut die Einfahrt in die Dardanellen auf der Fregatte „Franklin“ gestattet habe, um durch diese sonst nur zu Gunsten fürstlicher Personen gemachte Ausnahme zu bezeugen, daß die Pforte mit der nordamerikanischen Union die besten und freundschaftlichsten Beziehungen unterhalte und auch fernerhin unterhalten wolle.

Der französische Gesandte in Berlin, Benedetti, ist hier angekommen.

Die „France“ widerlegt die Ablehnungen der rumänischen Regierung bezüglich der Ueberschreitung der Donau seitens einer bewaffneten Bande und macht auf Vorbereitungen zu neuen Einfällen in Bulgarien aufmerksam. — Der „Eindard“ kündigt die Ankunft Benedetti's in Paris als bevorstehend an und sagt, daß er dort drei Wochen bleiben wird.

Die „France“ hält heute dem Kaiser von Oesterreich und Hrn. v. Beust eine überschwengliche Lobrede, als stehe Oesterreich bereits wirklich als Musterstaat für ganz Europa da. Herr Balfrey, der Redakteur des „Memorial diplomatique“, das von der österreichischen Botschaft, obwohl nur schwach, subventionirt wird, hat eine Schrift herausgegeben, in welcher, wie die „France“ meldet, „die einundzwanzig liberalen Gesetze, mit denen das Kaiserthum Oesterreich ausgestattet wurde, mit der größten Gewissenhaftigkeit überprüft sind.“ Balfrey schließt daran

